

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 65.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 27. Januar.

Aufser 20 Pf. die sechsgespartene Zeitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
I: Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moos.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

1880.

Amtliches.

Berlin, 26. Januar. Der Kaiser hat im Namen des Reiches gerufen, den Ober-Rechtsanwalt Dr. Freiherrn von Seckendorff zu Leipzig zum Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikat Exzellenz zu ernennen.

Der Notar Birkel zu Bönnig ist in gleicher Eigenschaft in den Landgerichtsbezirk Straßburg versetzt, mit Anweisung seines Wohnortes in Truchtersheim.

Der König hat gerufen: den Regierungs-Assessor Karl Wilhelm Schmidling zum Landrat des Kreises Altena zu ernennen.

Der königl. Kreisbaumeister Fritz Schlepp zu Stagnit ist in gleicher Amtseigenschaft nach Greifenseberg, Regierungsbezirk Stettin, versetzt worden.

Vom Landtage.**45. Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Berlin, 26. Januar, 10 Uhr 20 Min. Am Ministerthale: Minister für öffentlichen Arbeiten Maybach, Finanzminister Bitter, Minister für Landwirtschaft Dr. Lucius, Geh. Räthe Rötger, Dillenburger, Raßmund, Brefeld, Dr. Fröhlich, Adler u. A.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die erste Berathung des Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für 1880/81 (erweiterter Eisenbahnsetat).

Abg. Berger hat zunächst ein formelles Bedenken gegen die neue Aufstellung des Eisenbahnsetats; dasjenige, was am Stabilsten sei in jedem Etat, nämlich die Besoldungen, sind überflüssiger Weise ganz genau spezialisiert, obwohl ihrem Betrage, ca. 4½ Millionen, über 17 Millionen sachliche und Betriebsausgaben gegenüberstehen, bei denen eine solche höchst wünschenswerthe Spezialisierung bedauerlicher Weise vermiedt wird. So kann man aus dem Etat nicht ersehen, welchen Einfluss auf denselben die Schwankungen in den Kohlen- und Eisenpreisen ausüben. Zudem ist das System der diätarischen Bevoldungen bei Staats- und Privatbahnen sehr verschieden; aus dem Etat geht nicht hervor, in welcher Weise die Verwaltung nunmehr nach einer so großen Ausdehnung ihres Betriebes vorgehen will. Von den gar nicht unbeträchtlichen Einnahmen, die die Privatbahnen aus dem Verkaufe alten Materials erzielen, ist im Etat nur eine nothdürftige Notiz zu finden, wonach gegen die bisherigen Posten eine höchst auffällige Vermehrung eintritt. Der Etat gibt ca. 8½ Millionen Mark Ersparnisse an, stellt man dem gegenüber, daß die Gewinne aus jenen Verläufen allein bei 4 der neuen Staatsbahnen über 5 Millionen betragen, so schrumpft doch jene Einnahme sehr bedeutend zusammen und das rosige Bild von dem finanziellen Vortheil dieser Transaktion bekommt einen düsteren Anstrich. In den Etat müßten dann auch die Zinszuflüsse für die Hinterpommerschen Bahnen u. s. w. auch jetzt noch gehörig verrechnet werden. Schließlich soll die Neuorganisation ein großes Reformwerk sein; aber ich meine, ein so ungeheuer Staatsbetrieb kann erfolgreich nur gehandhabt werden durch eine straffe Zentralisation; alle die schönen Redensarten von Dezentralisation und provinziellen Organisationen können hier nicht helfen. Insofern bin ich mit der Aufhebung der kleinen Direktionen ganz einverstanden. Aber in Bezug auf die Eisenbahnräthe entstehen mir große Bedenken; die große Direktion der Ostbahn zu Bromberg erstreckt sich über 4 Provinzen, andere sogar über 5 und mehr; wie soll nun die Vertretung dieser Direktionen in den Provinzialbezirks-Eisenbahnräthen organisiert werden? Ich fürchte sehr, daß schließlich der Herr Generalpostmeister mit seinem absprechenden Urtheil über diese Garantie-Institution Recht behalten wird.

An der Spitze der Eisenbahn-Betriebsämter im Wesentlichen den jetzigen Kommissionen entsprechend, sollten in Zukunft mehr Techniker und Architekten stehen, während das juristisch-bureaucratische Element prävalire. Zum Schluss erucht Redner die Verwaltung nochmals, endlich einmal den schreinenden Ungerechtigkeiten ein Ende zu machen, die darin liegen, daß in allen Theilen des Landes für dieselbe Beamtenklasse die Höhe der Gehälter dieselbe ist ohne jede Rücksicht auf die Ernährungs-Verhältnisse der einzelnen Gegend. Hier hat die Militärverwaltung längst den einzigen rationellen Weg beschritten, indem die Verpflegungszuschüsse nach diesen Verhältnissen variiren. Bedenkt man, welche großen Hoffnungen man bei Einführung der Selbstverwaltung auf die Verminderung der Staatsbeamten setzte, und wie wenig sich davon erfüllt hat, dann können unsere Hoffnungen auf entsprechende Verminderung der Beamten in dem Staatsbahnbetriebe nur sehr schwache sein.

Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: Der neue Etat unterscheidet sich von den früheren darin, daß er einmal in Bezug auf die äußeren Anordnungen sich anlehnt an diejenigen Einrichtungen, welche vom Reich für die Statistik der deutschen Eisenbahnen vorgeschrieben sind. Wenn der Abg. Berger die Spezialisierung vermisst, welche im früheren Etat gegeben war, so muß ich erklären, daß wir gerade mit Rücksicht hierauf in dem gegenwärtigen Etat nur das Gesamt-Ergebniß der einzelnen Positionen aufgeführt haben. Sollte der Wunsch hervortreten, für die einzelnen Hauptpositionen die Spezialisierung in dieser oder jener Weise beizubehalten, so wird dem nichts entgegenstehen. Der zweite Unterschied ist der, daß wir im Etat die Resultate bezüglich der neuen Bahnen berücksichtigt haben, wie sie nach den Veranschlagungen, welche seitens der Privatdirektionen vorgelegt sind, sich herausgestellt haben.

Wir haben selbstverständlich diese Positionen nicht in allen einzelnen Punkten vertreten, weil uns die Organe dazu fehlen, können aber versichern, daß wir keinen Grund haben, an der Richtigkeit dieser Aufstellung zu zweifeln. Der dritte Unterschied ist die Einführung der neuen Organisation, die sich als wirthschaftliches Bedürfniß herausstellte. Die 171,000 Mark Ersparnisse beziehen sich lediglich auf die alten Verwaltungen und hier lediglich auf die Bureaubeamten. Die großen materiellen Ersparnisse sind hierbei noch garnicht berücksichtigt und konnten es auch nicht werden. Im Jahre 1872 bis zum Erlaß des neuen Pensionsgesetzes geschah die Pensionierung des Unterpersonals in der Weise, daß die Pensionen, die Wittwenversorgungsgelder aus besonderen Kassen der Beamten selber gezahlt wurden, zu denen der Staat einen erheblichen Beitrag leistete. Diese Beamten sind jetzt etatsmäßig angestellt. Dies geht aber über das Bedürfniß hinaus. Es empfiehlt sich deshalb, das frühere Verhältniß wieder herzustellen, weil die wahren Beamten sich dabei wohlgefühlt haben. Von dem energetischen Verlangen, die Beträge einzelner Linien für sich zu berechnen und erkennbar zu machen, bitte ich Abstand zu nehmen, da die

Schwierigkeiten hierbei sehr große sind. Im Einzelnen erkläre ich mich sehr gern bereit, solche Übersichten einzelner Linien Ihnen vorzulegen. (Beifall.) Ich muß darauf hinweisen, daß die Neuorganisation an das bestehende anzunäpfen hat. Die Grundgedanken der bestehenden Organisation müssen aufrechterhalten, die vorhandenen Mängel beseitigt werden. Die lesteren bestehen hauptsächlich darin, daß von der Centralstelle zu viel verlangt wurde, daß man sich zu wenig an die Provinzialbehörden wandle, und daß die Kommissionseinrichtungen sich als ein Hemmniss in der Verwaltung herausstellen, welches nur zu Reibungen führte. Die neue Organisation legt nun die schwerwiegenden Kompetenzen in die Hand des Ministers, den Schwerpunkt der Verwaltung aber in die Provinz. Wenn jetzt ein Reisender ein Coupé nicht genügend geheizt vorfindet, so wendet er sich sofort an den Minister. Das sind Dinge, die nicht weiter bestehen können. Es kommt weiter darauf an, die richtige Person an die richtige Stelle zu setzen. Ich will dafür sorgen, daß an der Spitze insbesondere mehr Techniker stehen als sonst. Auch Kaufmännische Kräfte werden im hohen Grade erwünscht sein, indesten, ich brauche nicht zu sagen, daß die Stelle eines Staats-Eisenbahn-Direktors für einen mit vielen Erfahrungen ausgestatteten Kaufmann nach der finanziellen Seite hin nicht viel Reiz bietet; die tüchtigen Kaufleute werden sich dazu nicht hergeben, untüchtige kann ich selbstverständlich nicht brauchen. Das Institut der Bezirksräthe besteht auch jetzt schon in einem großen Theil der Monarchie mit großem Erfolge. Die neue Organisation wird also nicht blos Alles beim Alten lassen, sondern deren bisherige Vorteile dadurch heben, daß sie sich mehr den lokalen Bedürfnissen anschließt. Im Interesse einer raschen Exekutive, wie sie gerade die Eisenbahnverwaltung erheischt, haben wir auch mit dem Prinzip der Kollegialversammlung gebrochen. Ich spreche schließlich die Hoffnung aus, daß wir von allen Seiten des Landes in der Erzielung dieser Vortheile Unterstützung finden werden. (Beifall.)

Finanzminister Bitter: Wenn diese Vorlage Ihre Genehmigung findet, so würde das Defizit, welches sich auf 5,683,000 Mark belief, sich auf 532,561 M. im Ordinarius reduzieren, so daß ein irgend erhebliches Defizit zur Zeit nicht mehr existiren würde.

Abg. Richter: Die Staatsregierung hat eine generelle Vollmacht durch unsere Annahme der Eisenbahn-Vorlagen allerding erhalten, eine spezielle Ernächtigung gewinnt sie jetzt bis zum 1. Januar 1871, aber für die Zeit bis zum 1. April 1881 hat sie dann keine Befugnisse, und sie sowohl als wir haben doch keine Garantie dafür, daß wir vor dem 1. Januar 1881 wieder zusammenkommen. Ich möchte doch wünschen, daß diese Frage in der Budget-Kommission eingehend geprüft wird. Im Übrigen verzichte ich nach den gründlichen Auseinandersetzung des Abg. Berger darauf. Weiteres vorzubringen, nur die Frage möchte ich mir erlauben, ob die Königliche Staatsregierung die beigefügten Überichten als Spezial-Etats ansieht.

Staats-Minister Maybach erklärt sich bereit, in der Budget-Kommission genauere Auseinandersetzungen zu geben; es war bei der unvermeidlichen Eile der Aufstellung nicht möglich, spezialisierte Etats vorzulegen.

Abg. Dr. Windthorst: Ich habe mich zwar gegen die Verstaatlichung der Bahnen erklärt, indesten ist sie jetzt einmal beschlossen, und diesen Beschlus habe ich zu reperfieren. Wenn ich aber auf diesem Boden stehe, so muß ich mich mit der vom Herrn Minister ausgeführten Tendenz einverstanden erklären. Ob die Einnahmen und Ausgaben genau dem gemachten Anschuage entsprechen werden, kann Niemand im Vorraus beurtheilen; wir müssen der Erfahrung Raum lassen, ein Jahr und mehr muß in's Land gehen, dann erst werden wir ermessen können, ob nicht die Anzahl der Direktionen sich vielleicht vermindern und sonstige Ersparnisse in der Organisation ermöglichen lassen. Indessen von vorn herein muß man schon so sparsam wie möglich sein, und da scheint es mir doch sehr gut angänglich, die Rässeler Direktion nach Frankfurt, die Magdeburger nach Hannover zu verlegen und auf diese Weise zwei Direktionen mit dem ganzen Verwaltungssapparat zu ersparen. Ich möchte die Kommission bitten, ganz besonders auch auf diesen Punkt ihre Augenmerk zu richten.

Staatsminister Maybach erklärt, die von dem Vorredner gegebenen Anregungen in Erwägung ziehen zu wollen.

Abg. Dr. Hamacher will sich im Hinblick auf die Geschäftslage des Hauses auch in der Generaldiskussion jeder Kritik über den vorgelegten Eisenbahn-Organisationsplan enthalten. Er wendet sich nur gegen einige Ausführungen des Abg. Berger. Der Staat könnte ebenso sparsam verwalten, wie die Privatbahnen, nur seien bei den Staatsbahnen die unteren Beamten viel besser gestellt, als bei den Privatbahnen und daher der Etat für die ersteren entsprechend höher. Daraus könne man dem Staaate und seiner Verwaltung keinen Vorwurf machen. Manches würde überhaupt besser werden unter staatlicher Direktion als vorher, vor Allem das Unwesen der vielen verschiedenen, welche an die Zentralstelle gerichtet werden, sich vermindern und leichter von den provinziellen Stellen aus erledigen lassen. Was die Organisation der Direktionen anlangt, so glaubt der Redner, daß mehr Rücksicht auf die bedeutenden Industriegegenden der Rheinprovinz, Westfalen und Schlesien zu nehmen sei, d. h., daß man dorthin mehr Direktionenstellen verlegen sollte. Hinsichtlich des Etats ist er der Ansicht, daß der Herr Finanzminister zu große Hoffnungen hege, und bedauert, daß nicht schon an die unvorhergesehenen Ausgaben gedacht sei. Für die westlichen Provinzen sei jedenfalls eine wesentliche Vermehrung des Wagenparks erforderlich, es würde eine wesentliche Anspruchnahme des Erneuerungsfonds nötig sein.

Abg. Graf Limburg-Stirum hält es für seine Pflicht, vor dem Lande anzuerkennen, mit welchem großen Fleiß und welcher Sorgfalt die Vorlage im Ministerium ausgearbeitet worden ist. Wenn die Kommission gründlich an ihre Arbeit geht, wird sie diesen Vortheil empfinden. Die finanziellen Bedenken, die vorgebracht worden sind, vermag Redner nicht zutheilen. Eine größere Spezialisierung erleichtert nicht die Kontrolle des Hauses, wie oft gemeint worden ist. In Bezug auf Sparsamkeit ist kein besonderes Kompromiß nötig; man muß zum Herrn Minister Vertrauen haben. Der ganze Etat, das gebe ich zu, involviert ja bereits ein Vertrauensvotum, aber ich hege die Zuversicht, daß die vom Herrn Minister proponierte Organisation dem Lande zum Segen gereichen wird.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage der Budgetkommission übernommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes über den Ankauf der Hornburger Eisenbahn, worüber Abg. Graf Limburg-Stirum referirt. Derselbe empfiehlt Namens der Budget-Kommission unveränderte Annahme der Vorlage, welchem Antrage gegen das Haus ohne Debatte beschließt.

Hierauf wird der schriftliche Bericht der Rechnungskommission über die Übersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1878—1879 in Folge eines Referats des Abg. Dr. Hamacher durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Demnächst wird in der zweiten Berathung des Feld- und Forstpolizeigesetzes fortgefahren.

Bei § 25, welcher mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft, wer umfugt Nachlese hält, nimmt Abg. Dr. Sebott (Centrum) das Wort, um sich nachdrücklich gegen diese Bestimmung zu erklären, welche besonders die armen Leute hart treffen würde. Aufgabe der Volksvertretung sei es, vor Allem sich der Armen anzunehmen, damit diese nicht immer mehr in Paupertät versinken. (Heiterkeit.)

Auch Abg. v. Meier (Arnswalde) spricht sich gegen diese Bestimmung und zugleich gegen § 26 al. 3 aus, wodurch das unbefugte Liegenlassen, Vergraben oder Niederlegen toter Thiere mit Geldstrafe bis zu 50 M. bedroht wird.

Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Dr. Lucius bemerkt, daß die §§ 25 und 26 des Gesetzes sich an bestehende Forstordnungen anschließe und im Ganzen milder seien als diese.

Abg. Windthorst hat zwar den dringenden Wunsch, das Gesetz zu Stande zu bringen, will auch das Eigentum möglichst schützen, meint aber, man müsse dabei weit schonender und rücksichtsvoller vorgehen, als es geschehe, sonst werde man viel Wissmuth hervorrufen. Von leidenschaftlicher Behandlung des Themas müsse man sich fern halten, nur boshaft Handlungen dürfen bestraft werden. Wohl sei der Grundbesitzer möglichst zu schützen, der auf der Scholle wohnend, mit seinen Leuten verkehrt und sie rücksichtsvoll behandle. Aber viele deutsche Großgrundbesitzer leben in Paris und Wien, lernen ihren Besitz kaum oder gar nicht kennen und lassen Wald und Feld durch rücksichtlose Administratoren verwalten, und gegen diese muß das Publikum, müssen die kleinen Leute besonders geschützt werden.

Abg. Simon v. Zastrow und Graf York von Wartenberg sprechen sich unter Hinweis auf die Einfachheit und Klarheit der Bestimmung des § 25 für denselben aus, indem letzterer sich insbesondere dagegen verharrt, als ob die Armen damit gänzlich von der Nachlese ausgeschlossen werden sollten. Dem gegenüber kommt Abg. Dr. Windthorst nochmals auf seine früheren Argumente zurück.

Hierauf wird § 25 unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.

Die folgenden Paragraphen geben zu keiner wesentlichen Debatte Anlaß.

Eine größere Debatte entspringt sich erst bei § 36. Derselbe lautet nach den Beschlüssen der Kommission:

„Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt auf Forstgrundstücken:

1) außerhalb der öffentlichen oder solcher Wege, zu deren Benutzung er berechtigt ist, mit Werkzeugen und Geräthen, welche zum Fällen, Sammeln oder Wegschaffen von Holz oder anderen Walderzeugnissen geeignet sind, sich aufhält; 2) Holz ablägert, bearbeitet, beschlägt oder bewaldreicht; 3) Einfriedigungen übersteigt; 4) Forstkulturen betrifft; 5) solche Schläge betrifft, in welchen die Holzhauer mit dem Einfangen oder Aufarbeiten der Hölzer beschäftigt, oder welche zur Entnahme des Abraums nicht freigegeben sind.“

In den Fällen der Nr. 1 können neben der Geldstrafe oder der Haft die Werkzeuge eingesetzt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht.“

Hierzu liegt eine Reihe von Anträgen vor. Abg. Dr. Seelig beantragt, die Nr. 1 zu streichen, eventuell in derselben die Worte „oder anderen Walderzeugnissen“ zu streichen.

Auch der Abgeordnete Frhr. v. Fürth verlangt zunächst die Streichung dieser Nummer, eventuell für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt er, dem Absatz folgende Fassung zu geben: „außerhalb der öffentlichen Wege, oder solcher Wege, zu deren Benutzung er berechtigt ist, mit einem Werkzeuge, welches zum Fällen von Walderzeugnissen von Holz, Gras, Streu oder Harz seiner Beschaffenheit nach dienlich erscheint, sich aufhält“, und für den Fall der Ablehnung auch dieses Antrages, dem Absatz zu zufügen die Worte: „und schon zweimal während der letzten fünf Jahre wegen eines Forstdiebstahls verurtheilt worden“.

Schließlich beantragt Abg. Leonhard auch die Streichung der Nr. 5.

Der Regierungss-Kommissar erklärt sich mit dem ersten Eventual-Antrage des Abg. von Fürth einverstanden, während Abg. v. Hammerstein von Neuem die Angriffe zurückweist, als ob die Großgrundbesitzer den Großstädtern ihren Sonntags-Spaziergang rauben wollten. Er wolle den Wald nur gegen den Forstrevier schützen.

Die Anträge werden darauf abgelehnt und § 36 angenommen.

§ 37 wird ohne Debatte unverändert, § 38 nach längerer Debatte mit dem Zusatz angenommen, daß die Verfolgung nur auf Antrag eintritt.

Nachdem noch die §§ 39 und 40 angenommen sind, vertagt sich das Haus bis Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Forst- und Feldpolizeigesetz, Fischereigesetz. Schlüß gegen 4 Uhr.

9. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 26. Januar. Am Ministertische: Minister des Innern Graf zu Eulenburg, Finanzminister Bitter, Justizminister Dr. Friedberg, Geheimer Räthe Haase, Wohlers, Grandjean; später Vice-Präsident des Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Der Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Minuten.

Neu eingetreten in das Haus ist der Herr Geheimer Justizrat Bürgers.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, einmalige Schlussberathung über den Entwurf betreffend die Kreisvertretung im Kreise Herzogthum Lauenburg wird ohne Debatte erledigt; auf den Antrag des Berichterstatters, Herrn Fürsten von Hayfeld-Trechenberg, ertheilt das Haus dem Gesetz unverändert die Genehmigung.

Es folgt der mündliche Bericht der Staatshaushalts-Kommission über die Notstands-Vorlage.

Der Referent, Herr Frhr. v. Tettau empfiehlt, dem vorge-

nannten Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

In der Generaldiskussion nimmt zunächst das Wort

Herr Fürst von Pless: Gestatten Sie, meine Herren, daß die ersten Worte von mir, als einem aus den Nothstandskreisen herkommenden, Worte des Dankes seien für alle Wohlthäter, die der so schwer heimgesuchten Bevölkerung hilfreiche Hand geleistet haben. Herrvorragender Dank gebührt auch der Presse aller Parteien. Ich möchte nun einige im anderen Hause behauptete, auch an meine Person geknüpfte, entschieden unrichtige Thatachen widerlegen, die für die Beurtheilung der Verhältnisse trotz ihrer scheinbaren Geringfügigkeit maßgebend sind. Der Abgeordnete von Stablawski hat behauptet, Oberschlesien sei durch die von den Karpathen kommenden österreichischen Flüsse den Überschwemmungen, wie auch den schrofen Übergängen des Klimas ausgegesetzt. Die betreffenden Flüsse sind aber bis auf zwei ganz kleine Nebenflüsse der Oder preußischen Ursprungs. Dann ist von den großen Latisundien gesprochen worden, u. A. des Grafen Renard, der schon 1874 verstorben ist, und dessen Besitz von der russischen bis zur österreichischen Grenze gehen soll. In Wahrheit bleibt e. von der letzteren 15 Meilen entfernt! Dann soll das Leben in den überseeischen Kolonien nach dem genannten Herrn benedenswerth sein gegen dasjenige der Männer im Dienste des oberschlesischen Großgrundbesitzes. Aus eigener Erfahrung kann ich mittheilen, daß im Posenschen die Arbeitshäuser viel schlechtere Beschaffenheit aufweisen als bei uns. Der Frhr. v. Löne macht den Großgrundbesitzern den Vorwurf, sie laufen die Bauerstellen auf, und hat als Großgrundbesitzer die Bitte an seine Standesgenossen gerichtet, dies ferner nicht zu thun. Meines Wissens geht es gar nicht; ich habe in den 23 Jahren meiner Besitztum nur 2 aufgekauft. Der Abg. Löwe hat behauptet, der Kreis Pless gehöre zum größten Theil dem Fürsten Pless. Aus den Grundsteuerlisten geht hervor, daß nur ein Viertel mir gehört, wobei große Waldflächen in Betracht kommen, die dem Nothstande nicht unterworfen sind. Ferner ist seit Beginn des Nothstandes nicht ein Pfennig aus den wie immer gearteten Unterstützungen an die zu den Besitzungen des Fürsten von Pless gehörende Bevölkerung gezahlt noch wird er gezahlt werden. Der Regierungspräsident von Quadt in Oppeln wird mir das bezeugen. (Hört, hört!) Wenn Herr Löwe gegen den Bucher auf die Reichs-Gesetzgebung verweist, so kann ich das nur freudig begrüßen, da demnach doch jedenfalls die Fortschrittspartei ihre Opposition gegen die Bucher Gesetzgebung im Reichstage aufgegeben wird. Der römische Großgrund- und Latisundienbesitz ist mit dem oberschlesischen eben so wenig zu vergleichen, wie die römische Campagna mit Oberschlesien. Der oberschlesische Großgrundbesitz ist zum größten Theile Waldbesitz, aber auch der agrarische Rest darf mit den römischen Verhältnissen nicht verglichen werden. Wo nehmen denn die Herren von der Fortschrittspartei und vom Freihandelsverein die Stirn her zu behaupten, daß der Großgrundbesitz dem Kleingrundbesitz eine Konkurrenz mache, die zum Ruin des letzteren führen müsse? Der Großgrundbesitz ist von jeher der Träger der Kultur und Bildung in Oberschlesien gewesen. Wer hat denn das Land aufgeschlossen und mit Chausseen und Eisenbahnen durchzogen? Hauptfächlich der Großgrundbesitz. Im Kreise Pless ist mehr als die Hälfte der Chausseen ausschließlich von dem Großgrundbesitz gebaut, vom Kreise oder Staate ist hierzu auch nicht ein Pfifferling beigekehrt worden. Das vom Kultusminister rüttelnd hervorgehobene Vorhandensein von Krankenhäusern läßt sich ebenfalls auf die ausschließliche Initiative des Großgrundbesitzes zurückführen.

Der Abg. Löwe hat mir ferner vorgeworfen, ich betreibe keinen Bergbau. Natürlich — der verehrte Herr weiß auch die Gründe — weil ich als guter pater familias auch für meine Nachkommen sorge. Meine Herren, Bergbau wird auf meinen Besitzungen seit 100 Jahren getrieben, gegenwärtig mit einer Belegschaft von 1000 Mann, von welchen auch trotz des Darniederliegens der Industrie nur 90 entlassen worden sind. Seit langer Zeit hat mir der Betrieb keinen Heller mehr ertragen, wohl aber ganz bedeutende Zuschüsse erfordert. (Hört, hört!) Ich weiß nicht, ob die vom Grundbesitz losgelöste Industrie von sich Gleisches behaupten kann; jedenfalls müssen die Leute, die hier in Berlin im letzten Winter Schneeschiffe schippen müssen, um doch etwas zu erwerben, ein ander Lied davon zu singen. Ein fernerer Vorwurf ist der, daß wir die übervölkerten Ortschaften durch billige Löhne in großen Etablissements ausnutzen. Meine Herren! Im Vorjahr mussten in meinen Waldungen 30.000 Raummeter Holz verfaulen, weil sie nicht zu roden sind. In meinen Forsten sind seit 1871 die Löhne nicht um einen Pfennig zurückgezogen worden, die Akkordsätze haben sich auf 15 bis 20 Sgr. pro Tag belaufen. Von den großen Etablissements gehört das größte mir, es ist die Emanuelshütte mit einer Belegschaft von 400 Mann. Über 300 von diesen wohnen in einer mir gehörigen, von meinem Vater und mir erbauten Kolonie in wohlgebauten, massiven, unterkellerten Räumen, welche für alle Nutzungen, Wohnung, Feuerung, Acker, Stallung &c. nur 6 Thaler jährlich zahlen. Es besteht für diese Kolonie eine von mir unterhaltene evangelische und katholische Schule, desgleichen ein Konsum-Verein. Der Abg. Birchow hat die Kreisordnung beschuldigt, den Grundbesitz erinnert zu haben von Schulleistungen den Gemeinden gegenüber. Meines Wissens befand sich die Kreisordnung gar nicht mit der Gestaltung von Schulgemeinden, soweit eine Verschiebung stattgefunden, hat sie nur zum Nachteil des Großgrundbesitzes geführt. Herr Birchow hat sich wiederholt auf eine Petition des Kreises Pless berufen. Diese enthält aber, wie schon ferner Zeit Graf Bethuhs Huc nachgewiesen hat, eine große Anzahl Irrtümer. In Wahrheit zahlte ich als Dominalbeitrag zu den Schulosten 1201 Mf., die Gemeinde Tichau 1855 Mf., also 40 p.C. der Gesamtkosten trug ich allein, während ich nur für 1 p.C. der Bevölkerung beizutragen hatte. Kann da der Abg. Birchow behaupten, die Pless'sche Verwaltung entziehe sich ihren Pflichten? Was die Armenverhältnisse betrifft, so bin ich in die Armenverbände von 33 Gemeinden freiwillig eingetreten, ohne daß trotz meiner Beiträge im Laufe von & der ganzen Summe auch nur je ein der Pless'schen Verwaltung angehörenden &c. Arbeiter unterstellt worden ist. An Pensionen und sonstigen Unterstützungen habe ich über 21.000 M. nach Ausweis meiner Bücher in einem Jahre gezahlt. (Hört, hört!) Ich komme nun auf den am bestufigsten angegriffenen Punkt der Schulverhältnisse. Ich bin als Repräsentant der Gutsherrschaft Pless bei der Unterhaltung von 48 Schulen beteiligt. Die Gemeinden zahlen 26.000 Mf., das Dominium 20.000 Mf., ohne die Naturaldeputate und Schulbauläden. Von Erlös der Kreisordnung betrug der Beitrag nur 15.000 Mf., ist also um 4000 Mf. gestiegen. (Hört, hört!) Von meiner im Prozeßweg ertrittenen Exemption habe ich 20 Schulen gegenüber keinen Gebrauch gemacht, habe sogar den Gemeinden die Prozeßkosten erstattet. Als es sich 1871 um die Schaffung neuer Schul-Sozietäten handelte, und die Sache an der Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu scheitern drohte, erklärte ich vorläufig auf zehn Jahre mit dem Staate zu gleichen Theilen die Lehrkräfte zu bezahlen. Seit 1742 besteht in Pless eine evangelische Schule, welche ich 1872 auf meine alleinigen Kosten in ein Gymnasium verwandelte, 1879 in ein vollständiges Gymnasium, das ich auch noch, als es in Staatsverwaltung überging, mit 300.000 M. dotierte. Kann da der Abgeordnete Birchow mit Recht behaupten, es wäre hier von dem Grundbesitz noblesse oblige abgewichen worden? Habe ich nicht mehr geleistet, als ich verpflichtet war? Ich bestreite dem Abg. Birchow das Recht, mir gegenüber von dieser aristokratischen Devise Gebrauch zu machen, weil er und seine Partei als erklärte Gegner des Adels Alles geben haben, um die Zusammengehörigkeit des Groß- und Kleingrundbesitzes aufzuheben. Dem Fortschrittsmann gegenüber bin ich zu nichts verpflichtet als zu dem, wo zu mich die Gesetze nötigen. Was darüber hinausgeht, ist ein Alt meiner Liberalität, woren sich der Abgeordnete Birchow gar nicht zu mischen hat. Oder sollten wir wirklich genötigt werden müssen, in allen Blättern unsere Leistungen auszuprägen? — Auf den Nothstand selbst übergehend, habe ich hervor, daß das betroffene Gebiet kein zusammenhängendes ist. Zunächst sind es die Kreise, die durch die Überschwemmungen der Oder in Nothstand versetzt sind; in

den Kreisen Rybnik, Pless und Lublin ist dagegen die Noth verhindert. Die Gründe der wiederkehrenden kleinen Nothstände sind die Überschwemmungen und die fortschreitende Parzellierung des bäuerlichen Grundbesitzes. Ferner ist in den Industriebezirken die Verarmung der Bewohner eingetreten mit der Aufhebung der Eigenzölle und hat von da an mit Hilfe des Buchers stetig Fortschritte gemacht, wie ich zahlenmäßig durch die Daten über die Substaaten nachweisen kann. Zur Milde und dauernden Beseitigung des Nothstandes ist das vornehmste Mittel die völlige Durchführung der Drainage, die sich über 150.000 Morgen zu erstrecken haben und 7½ Mill. Mark kosten wird. Diese Drainage der Nothstandsbezirke ist viel nötiger als der Bau von Sekundärbahnen und muß jedenfalls früher in Angriff genommen werden. Zu ihrer praktischen Durchführung halte ich die Errichtung eines eigenen königlichen Kommissars für durchaus nötig. Ferner müssen die kleinen Flüsse auf Staatskosten regulirt werden und mit Hilfe der Kulturrentenbanken und durch Bildung von Ent- und Bewässerungs- genossenschaften im Wege der Selbsthilfe auf diesem Wege fortgeschritten werden. Dann wird in längstens 15—20 Jahren durchaus ein befriedigender Zustand des Bodens und der Lage der Bevölkerung erzielt sein. Nehmen Sie die Vorlage an! (Lebhafte Beifall.)

Finanzminister Bitter erwidert bezüglich des letzten Theils der eben gehörten Rede, daß die Regierung schon mit den vorbereitenden Erhebungen für die allgemeine Drainage und die Regulirung der Flüsse beschäftigt sei, und bald möglichst dem Landtag einen detaillierten Plan vorlegen werde.

Herr Graf v. Bücker empfiehlt Annahme der Vorlage en bloc, wendet sich zugleich zu den Bahnbau-Projekten der Regierung und widerlegt die falschen Auffassungen, die bezüglich der Bahn Oppeln-Reiße, der sogenannten „Dreigrafen-Bahn“ im Abgeordnetenhaus zur Sache getreten sind.

Herr Staatsminister Dr. Friedenthal: Mit Freuden ist auf allen Seiten die von der Regierung eröffnete Aussicht auf Verbesserung der kulturellen und Bodenverhältnisse begrüßt worden. Schnelligkeit der Ausführung thut aber vor allem Noth. Die Drainage muß auf Staatskosten auf dem Boden des Wassergenossenschaftsgesetzes unter Bildung von Zwangsgenossenschaften durch Provokation des Staats ins Werk gesetzt werden. Verzinsung und Amortisation dürfen aber erst dann ihren Anfang nehmen, wenn die beteiligten Groß- und Kleingrundbesitzer die ersten Früchte der Melioration geerntet haben. Zur Ausführung möchte ich eine besondere königliche Kommission empfehlen. Derjenige, der hier Groß- und Kleingrundbesitz einander gegenüberstellt, ist der ärteste Feind jedes Fortschritts auf diesem Gebiete.

Herr Udo Graf zu Solberg empfiehlt der Regierung selbstständig mit Vorschlägen auf dem Gebiete der Bucher Gesetzgebung beim Reiche vorzugehen, und bittet, die Nothstandsprämien für den Bau von Binnawegen nur unter Mitwirkung der Provinzialverwaltung vertheilen zu wollen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Erfüllung des lebhaft ausgesprochenen Wunsches des Herrn Vorredners steht der Wortlaut des Gesetzes keineswegs hindernd entgegen. Die Staatsregierung stimmt auch mit dem Wunsche des Grafen Bücker überein und hat demnach bestimmte zu unterstützende Kreise in dem Gesetz nicht genannt. Die Ausführungen des Herrn Dr. Friedenthal werden nur das Bedauern des Herrn Landwirtschaftsministers vermehren, der heutigen Sitzung nicht bewohnen zu können. Ich persönlich kann nur sagen, daß die Flußregulirung von der Regierung bereits als dringend nothwendig in's Auge gefaßt ist.

Herr Graf von Zieten-Schwein: Die Wohlthätigkeit darf auch jetzt noch nicht ausgeschlossen werden, wie dies die Staatsregierung selber zugestanden hat. Vor allen Dingen ist durch dieselbe Arbeitsgelegenheit in ausreichendem Maße zu beschaffen, auch empfiehlt es sich, Annahmestellen in größerer Anzahl für Naturalien zu bestimmen.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen und der Gesetzentwurf en bloc angenommen.

Auf Antrag des Berichtstellers Graf von Zieten-Schwein wird demnächst der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1879/80, ohne Diskussion unverändert angenommen; desgleichen auf den Bericht des Herrn Grafen v. d. Schuleburg-Angern der Kommissionsantrag, den Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Jahr 1877/78 Decharge zu ertheilen.

Namens der Petitionskommission referiert Herr v. Simpon-Gorzenburg über eine Petition des Kreisjunkta Vorstandes der Diözese Friedland und empfiehlt den Antrag der Kommission, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen in der Richtung, ob mit dem gewerbsmäßigen Betteln insbesondere durch Vermehrung der Gendarmerie, beziehungsweise durch strengere Disziplin in den Arbeits- und Korrektionsanstalten möglichst entgegztretet sei. Nachdem der Minister des Innern Graf zu Eulenburg darauf hingewiesen, daß auf gesetzlichem Wege allein die Bettelrei nicht abgeschafft werden, daß vielmehr die Privatthätigkeit durch Bildung von Vereinen gegen Verarmung sehr viel mehr zur Einschränkung beitragen könne, wird die Petition nach kurzer Debatte der Regierung zur Erwägung schlechthin überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.
Tagesordnung: Gesetze betr. die Auseinandersetzung-Angelegenheiten, kleinere Vorlagen, Petitionen. Schluss 4½ Uhr.

Vocales und Provirzielles.

Posen, 27. Januar.

— [Zeitungsnachricht.] Unser Berliner Brief ist heute ausgeblichen, der Landtagsbericht verspätet eingetroffen. Letzterer hat daher heute von uns einer Berliner Zeitung entnommen werden müssen.

r. [Der Vorstand des Vereins der deutschen Fortschrittspartei] hat sich nach der Neuwahl durch die ordentliche Generalversammlung am 19. d. M. in der Weise konstituiert, daß Bürgermeister Herse zum Vorsitzenden, Kaufmann Ed. Lange zum stellvertretenden Vorsitzenden, Kaufmann Hermann Meyer zum Schriftführer, Kaufmann Ferdinand Schmidt zum Schatzmeister gewählt, resp. wiedergewählt worden sind.

r. Die polnische Volksversammlung, welche Sonntag Abend im Bazar-Saal in Angelegenheit der Simultan-Volksschule der Stadt Posen stattfand, war außerordentlich stark besucht, indem ca. 1000 Personen anwesend waren. Wie der „Gonec Wilnoński“ meint, war die politische Intelligenz in der Versammlung weniger vertreten: das große Wort führten vielmehr die polnisch-ultramontanen Kornypänen in unserer Stadt, der bekannte Begründer des Fortschrittsvereins Posen, der Redakteur des „Kur. Pozn.“, Dr. Kantek, und der Redakteur des „Drendowitz“, Dr. Szymanski voran; die große Masse der Versammlung bildete derjenige Theil der heutigen polnischen Einwohnerchaft, welche ohne eigenen Urtheil dem Einflusse der polnisch-katholischen Geistlichkeit unterliegt. Der „Dien. Pozn.“ und der „Gonec Wilnoński“ hatten sich von vornherein feindselig gegen die Versammlung gestellt, weil in derselben nur die Simultanität der heutigen Volksschulen, nicht auch die deutsche Unterrichtssprache angegriffen werden sollte; der „Kur. Pozn.“ und der „Drendowitz“ dagegen waren für die Volksversammlung und die an derselben zu beschließende Petition eingetreten.

Die Versammlung wurde 6 Uhr Abends durch Herrn Stephan v. Stablawski im Namen des Komitees eröffnet und Propst Pendzinski zum Vorsitzenden gewählt. Alsdann erläuterte Dr.

Kantek den Zweck der Versammlung und theilte dabei auch die Namen der Haupt-Mitglieder des Komitees, welche die Versammlung berufen hatte, mit, von Weltlichen: Stephan v. Stablawski, Antier Berendes, Redakteur Dr. Szymanski, von Geistlichen: Stefan Kiewicz (an der katholischen Pfarrkirche), Pendzinski (an der St. Martinskirche), Rafał (an der St. Adalbertskirche) und Redakteur Dr. Kantek. Nachdem Vikar Chrystofowicz die von dem Komitee entworfenen Petitionen vorgelesen und die Versammlung beschlossen hatte, dieselbe an den Herrn Kultusminister abzusenden, richtete Dr. Szymanski an die Versammlung noch die Frage, ob in ihr Demand sei, welcher die Aufführung derjenigen Zeitschriften vertriebe, die sich gegen die Versammlung ausgesprochen hätten. Es wurde nun zwar eine Stimme laut, welche rief: „der Schlüssel der Erziehung sei die polnische Sprache; es sei dies doch eine polnische Versammlung, während sie indefekt in Ziel und Resolution sich als eine sozialpolitisch-katholische herausgestellt habe“; doch verhulte diese eine Stimme bald. Alsdann erörterte Dr. Szymanski die Gründe, weswegen die Sprachfrage in einer besonderen Petition behandelt werden solle, und beantragte eine Resolution in welcher die Versammlung das Komitee zur Sammlung des erforderlichen Materials in dieser Frage beauftragte; diese Resolution wurde von der Versammlung, die hiermit ihr Ende erreichte, auch angenommen. In der Petition welche zur Unterzeichnung in den Propsteien resp. Sakristeien der St. Martins-, St. Adalbert-, St. Margarethen-, der Pfarr- und Franziskanerkirche, sowie in den Redaktionen des „Kurier Poznański“ und des „Drendowitz“ zur Unterzeichnung ausliegt, werden an den Herrn Kultusminister folgende Biten gerichtet: „1) Derselbe möge in den 4 städtischen Volksschulen der Stadt Posen die gegenwärtige Simultanität aufheben und die früheren konfessionellen Schulen wieder einführen; ehe dies aber erfolge, möge er schon jetzt dahin wirken, daß die Anzahl der katholischen Lehrer, welche bei den erwähnten 4 Volksschulen beschäftigt sind, angepaßt werde der Anzahl der katholischen Kinder, welche diese Schulen besuchen; 2) möge er den Propstern die Inspektion über die kath. Schulen wieder geben; 3) die königl. Regierung zu Posen zur Aufführung der bisherigen Verordnungen veranlassen, welche die Parochial-Geistlichkeit von der Ertheilung und der Leitung des Religionsunterrichtes ausschließen; 4) der betr. Behörde empfehlen, daß die katholischen Kinder unter Aufsicht der Lehrer in die Kirche zum Gottesdienst geführt werden; 5) den Magistrat veranlassen, daß er den Propstern die Schullokale zur Disposition stelle befußt Ertheilung des Unterrichts bei Vorbereitung für die h. Sacramente.“

r. Ein ehrlicher Droschkenfuchs, welcher am 24. d. M. in der Dunkelheit von einem Fahrgäste statt eines Markstücks ein Zwanzigmärkstück erhalten hatte, hat das letztere nach Abzug der ihm gebührenden Mark an die Polizei abgeliefert.

Telegraphische Nachrichten.

Mörs, 26. Januar. Bei der im 8. Düsseldorfer Wahlkreis stattgehabten Erstwahl zum Abgeordnetenhaus wurden nach amtlicher Feststellung 217 Stimmen abgegeben. Hieron erhielt von Schorlemer-Behr (Zentrum) 110 Stimmen, Professor Legidi (freikonservativ) 107 Stimmen. Der Erste ist somit gewählt.

Riga, 26. Januar. Seit gestern ist die Passage bei Domes-Raez durch Eisassen gesperrt; zwei Dampfer, welche kürzlich abgegangen waren, mußten hierher zurückkehren.

Rom, 25. Januar. Der Senat hat den Gesetzentwurf über den Rückkauf der römischen Eisenbahnen angenommen. Bezuglich der Ernennung neuer Senatorn hat das Ministerium noch keinen Entschluß gefaßt.

Rom, 26. Januar. [Deputirtenkammer.] Der Minister des Innern verlas ein königliches Dekret, durch welches die gegenwärtige Session vertagt wird.

Wien, 26. Jan. Das Unterhaus hat den Lobkowitz'schen Antrag auf Zurückverweisung der Grundsteuernovelle an den Ausschuss mit 158 gegen 142 Stimmen angenommen. Dem Ausschuss wurde auf den Antrag des Abg. Krzczunowicz eine achtjährige Frist zur Berichterstattung gestellt.

Paris, 26. Januar. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums der Posten und Telegraphen in das neue Kabel zwischen Paris und New-York für den internationalen Verkehr eröffnet worden.

Madrid, 25. Januar. Wie das Journal „Liberal“ erfährt, würde der Kolonialminister mit dem Budget für Kuba den Cortes einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen er zur Negozierung einer Anleihe von 60 Millionen Piaster ermächtigt wird, mit welcher alle früheren Anleihen Kubas getilgt werden sollen. Die neue Anleihe soll durch die Zölle Kubas garantirt werden.

London, 25. Januar. Wie das Journal „Reuter'sche Bureau“ aus Konstantinopel von heute meldet, habe der englische Botschafter Layard neuerdings in einer Antwort auf die letzte Mittheilung der Pforte gegen die Ansprüche derselben, Ausländer verhaftet zu dürfen, falls die betreffende Gesandtschaft innerhalb 24 Stunden davon benachrichtigt werde, Protest erhoben. Der Botschafter bestreitet es, daß Kölle sich durch die Verbreitung eines gegen den mohamedanischen Glauben gerichteten Buches eines Verbrechens schuldig gemacht habe. In Kölles Besitz habe sich dieses Buch, welches übrigens schon vor 18 Jahren gedruckt worden sei, nicht gefunden. Die Untersuchung habe ergeben, daß Tewfik nur von ehrenhafter Seite bekannt sei. — In Beantwortung dieses Protestes erinnert Sawas Pascha in einer Note den Botschafter, daß er ihn um Zurückziehung seiner ersten Note ersucht habe, von dem Wunsche befreit, daß nichts die guten Beziehungen der Türkei zu England fören möge. Er wolle nicht Thatachen, über welche die Aussagen widersprechend lauteten, von Neuem zu diskutieren beginnen, er wolle selbst die flagrantes Infraction Layards unberührt lassen, daß die türkische Polizei das in Rede stehende Buch erst in die bei Kölle beschlagnahmten Papiere gestellt habe. Was die Prinzipienfrage anlangt, so seien Missionäre in der Türkei geduldet, vorausgesetzt, daß ihre Propaganda keine Agitation hervorrufe. Sawas Pascha fügt hinzu, ein anderes Gesetzesprinzip betreffe das Recht der Polizei, Ausländer, wenn sie bei Verübung eines Verbrechens auf frischer That betroffen werden, zu verhaften und etwaige Belastungstücke mit Beschlag zu belegen, und seien in diesem Falle nur die fremden Gesandtschaften binnen 24 Stunden zu benachrichtigen.

London, 26. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Salisbury, ist von einer heftigen Erkältung befallen und schon seit Freitag das Bett zu hüten genötigt.

Kairo, 26. Januar. Laut amtlicher Bekanntmachung ist Renouf Pascha zum Gouverneur des Sudan ernannt.

Washington, 25. Januar. Die Unionsregierung wird dem Verhalten, welches ihr Gesandter in Lima bezüglich der Anerkennung der neuen peruanischen Regierung zu beobachten, für angezeigt halten sollte, ihre Unterstützung zu Theil werden lassen.

Paris, 27. Januar. Die Deputirtenkammer lehnte einen Antrag Louis Blanc's auf Aufhebung aller das Vereinsrecht und Versammlungsrecht regelnden Gesetze mit 322 gegen 162 Stimmen ab.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Notizen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 161. kgl. preuß. Klassen-Lotterie. (Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 26. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

18 225 68 88 (300) 490 93 539 627 38 63 336 87 976 94 (600).
1016 40 4263 149 70 223 67 (3000) 73 362 544 (600) 45 (6000) 610
93 (300) 98 743 (300) 845 85 931 60 65 77 79. **2047** 52 63 67 71
127 (300) 35 94 225 39 335 (300) 492 511 (3000) 53 92 604 45
54 78 (300) 88 (3000) 97 732 (3000) 38 (3000) 826 (300) 75 931
48 92. **3264** 91 336 (300) 50 428 (300) 39 501 43 611 (300)
53 (300) 98 705 6 97 802 35 (300) 89 954. **4078** 99 (300)
177 (300) 86 273 334 83 410 (3000) 92 536 98 668 70 (1500) 72
798 815 92 910 19. **5015** 26 171 77 87 93 240 (600) 82 304 (1500)
39 (300) 600 22 834 51 69 (3000) 78 924 53 72 82. **6094** 133
57 60 99 316 (600) 59 75 493 512 601 73 715 90 835 92 900
31 71 73 87 94. **7009** 50 66 85 (600) 139 255 58 385 (300) 89
501 (600) 93 650 98 712 40 831 58 90 91 94 (1500) 959. **8014**
54 72 154 (1500) 234 49 62 74 323 59 456 60 596 652 61 780
91 804 16 (600) 22 900 55 65 99 (600). **9004** (1500) 145
78 (3000) 217 389 (300) 435 90 520 (300) 24 26 63 630 71 733
54 804 (300) 37 914 29 57.
10102 61 (300) 219 318 32 (300) 59 93 431 35 541 644
66 717 21 45 (300) 78 79 828 33 47 81 96 906 (300) 27 (300)
85. **11090** 173 219 43 64 73 362 91 444 709 (3000) 33 35 805
22 64 86 912 (600) 56 (300) 67 (600). **12107** (300) 24 36 222
55 (300) 330 84 411 51 70 71 72 75 578 621 57 804 65 (600)
95 99. **13024** 64 (3000) 156 (1500) 243 53 85 332 (3000) 434
57 70 77 93 560 80 95 (300) 639 48 73 744 812 32 50 931 73
86. **14055** 81 281 90 344 525 43 672 82 97 721 96 814 903
29. **15018** (1500) 155 83 92 312 53 483 76 507 (300) 56 97
696 787 99 882 915 (300) 23 45 67. **16000** 18 32 157 262 69
85 386 93 412 19 21 74 77 509 76 650 85 704 (300) 48 85 88.
17055 152 62 219 22 30 53 362 75 424 68 86 54 (300) 53
84 698 735 934 47 57 75. **18196** (300) 289 403 57 507 37
48 320 607 797 98 823 30 67 80 96 912 (3000) 20 25 (3000).
19021 45 62 (600) 116 67 69 98 201 352 67 430 35 94 530
(300) 38 (600) 613 (600) 37 730 82 858 70 914 (300) 44 (300)
55 61.

20006 27 (1500) 66 72 124 67 314 31 36 (3000) 70 (300)
512 (1500) 30 (600) 86 618 36 90 738 809 77 910 62 95. **21031**
(300) 74 (1500) 80 111 253 300 8 79 425 98 510 (600) 65
(3000) 88 646 57 58 712 99 881 910 19 (300) 69. **22060** (1500)
72 121 55 206 66 67 350 91 400 71 83 532 49 57 609 15 23
770 83 84 744 51 70 (1500) 92 96 934 58 69. **23029** 51 116
243 (300) 80 311 94 406 10 694 743 75 854 900 2 33 44.
24079 89 109 (3000) 318 69 (300) 75 405 742 48 827 31 52
64 96 944 74 (300) 84. **25001** (1500) 29 118 (600) 239 76 311
50 72 91 499 555 77 668 713 66 81 (1500) 857 (600) 90 935
37 (1500) 98 (300). **26038** 193 244 53 58 (600) 71 302 19 56 58
439 (300) 64 500 21 709 37 58 821 936 42 74 91 (1500).
27001 (600) 62 110 41 (300) 211 92 335 92 415 28 46 550
602 14 16 25 46 67 726 54 902 53 (300). **28043** 104 33 225
29 56 408 14 19 43 533 (300) 665 709 23 36 64 82 88 915 71
75 83. **29013** 24 (300) 48 62 78 133 295 325 52 (600) 80 434
657 778 883 916 25 79.
30023 43 172 299 (300) 312 40 (300) 580 (300) 88 718
899 961 96. **31001** 10 214 392 521 630 751 72 905 48 71
(300) 97. **32005** 7 46 80 130 (1500) 84 205 93 392 434 97
(1500) 644 55 736 67 82 870 85. **33018** 19 118 279 (300)
329 (300) 68 523 29 713 (600) 14 70 89 811 31 928 29 49 71
80 81 90. **34030** 81 117 24 27 200 20 22 301 7 50 55 80 460
(600) 84 552 (300) 62 88 620 23 51 52 54 65 798 (1500) 824 37
951 70 (300) 87 99. **35053** 56 (600) 210 43 93 312 (3000) 58
486 718 38 88 (1500) 809 913 (1500) 35 (600). **36044** 45 81
(300) 115 45 204 24 81 321 58 67 421 36 50 524 28 39 611
(3000) 63 74 94 702 44 45 82 819 23 61. **37051** 56 78 128 (3000)
304 (600) 39 73 497 523 60 611 703 6 17 21 24 (600) 43 54
75 79 92 95 828 (300). **38120** 40 83 251 321 469
93 97 631 48 98 908 39 55. **39074** 120 75 238 44 94 (600)
96 393 (300) 11 433 (3000) 99 530 666 731 (300) 803 43 67
910 (300) 34 42 48.
40096 100 47 80 227 304 80 425 54 524 54 666 (1500)
736 (600) 69 97 802 913 15. **41076** 141 (300) 68 (3000) 231
392 402 53 518 24 45 (600) 55 79 (3000) 81 852 (300) 58 (300)
61 97. **42041** 99 106 (300) 21 52 (300) 88 300 3 (300) 95 443
49 55 59 87 566 76 623 24 (300) 748 60 816 94 900 45
43027 154 294 98 99 305 86 430 53 571 (300) 92 621 26 37
48 91 730 (300) 50 68 823 37 (1500) 48 928. **44068** 110 14
43 61 (1500) 219 333 406 93 96 509 603 91 758 94 894 919
50 66. **45097** 99 101 14 202 50 81 88 313 45 56 (300) 91 417
44 (300) 85 531 50 649 (300) 73 770 822 32 78 900 68 71
46052 109 18 33 58 225 43 63 335 48 419 91 92 570
98 631 40 49 81 714 23 51 80 812 44 53 74 91 960 95. **47043**
64 67 181 (300) 272 356 431 (600) 550 646 59 61 (300) 700
(300) 6 17 27 33 55 (3000) 89 823 32 78 84 95 (300). **48028**
(600) 33 76 133 85 (1500) 206 15 394 512 629 37 795 (600)
883 901 26 (300) 61. **49116** (1500) 17 35 46 76 216 393 98
494 501 (300) 16 77 81 605 13 25 74 (300) 887 994 (600).
50018 148 76 268 96 (600) 356 61 64 409 (3000) 97 517
30 43 689 718 42 50 67 842 924 (300) 66 70 79 827 47 946 (300) 49 68
148 98 235 (300) 71 78 94 99 349 71 79 551 61 661 69 717
77 890 912. **52020** 69 111 15 58 223 47 75 399 402 68 90
528 83 615 64 93 714 55 (300) 62 885 89 91 947 98. **53001**
25 48 116 39 (300) 216 20 29 71 360 (1500) 84 428 66 (1500)
514 61 (300) 632 78 79 713 23 77 93 828 47 946 (300) 49 68
77. **54003** 8 (600) 49 67 69 (600) 100 91 95 97 298 320 526
29 38 87 88 (1500) 92 99 627 46 50 64 67 (1500) 96. **55037** 137
(600) 50 90 245 57 85 333 48 98 443 514 45 (1500) 705 (3000)
807 11 911. **56140** 59 (300) 79 83 (300) 207 52 334 64 448
(1500) 96 (300) 525 56 (600) 73 94 625 49 (1500) 50 701 827.
57057 198 248 35 54 59 336 400 19 530 68 89 674 (15000)
769 810 12 52 62 996. **58012** 58 121 25 (600) 43 78 96 (600)
271 326 58 65 87 (300) 90 401 34 45 59 522 605 810 21 928

73 84 (300) 89 99. **59108** 88 209 24 70 86 99 346 436 502 21
31 65 77 634 (300) 60 708 76 877 82 937 61.
60003 8 20 60 123 40 47 48 94 390 409 26 (300) 529 58
(300) 659 799 826 32 36 977. **61035** (3000) 79 200 73 75 313
29 55 91 423 64 86 539 83 90 698 727 898 925 55 70 71.
62049 73 (600) 81 182 221 (300) 317 26 438 75 509 33 69 97
(600) 650 710 825 911 16 94 (3000). **63030** 86 109 39 (600)
272 313 23 445 95 (300) 553 78 607 59 (300) 77 711 37 53
811 40 (300) 47 937 (300). **64052** (1500) 59 205 26 337 75
454 (3000) 80 629 799 (300) 866 933 78 86. **65027** 36 43 (300)
83 102 27 29 (3000) 249 59 66 74 455 (1500) 441 555 (300) 80
601 8 16 53 729 97 (1500) 854 (600) 60 83 98 925 98. **66024**
41 121 238 47 78 95 353 62 504 654 744 83 813 37 54 (300).
67002 129 99 262 97 304 35 41 91 436 71 75 (600) 625 76
810 36 59 74 80 94 (300) 937 53. **68055** 75 122 (300) 36 220
86 363 86 449 513 92 (3000) 600 (600) 713 (600) 22 911.
69045 47 194 282 315 (3000) 57 71 456 84 93 656 77 99 (3000)
705 54 (1500) 57 68 95 815 63.

70148 56 211 32 86 317 25 70 427 63 507 11 (600) 85
613 22 66 75 703 6 32 90 913 15 24 51. **71059** 76 99 100 21
35 232 83 391 92 518 605 10 56 81 785 877 950 74. <b

London, 26. Januar. An der Küste angeboten 14 Weizenladungen.
Liverpool, 26. Januar. Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmäcker Umsatz 10000 Ballen. Unveränd. Tagessimport 5000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 26. Januar. Baumwolle. (Schlussbericht). Umsatz 12,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Amerikaner fest. Surats —. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 7. März-April-Lieferung 7½ d.

Glasgow, 24. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 432,000 Tons gegen 205,000 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 108 gegen 89 im vorigen Jahre.

Glasgow, 26. Januar. Roheisen. Mixed numbers warrants 68 sh. — d.

Newyork, 24. Januar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12½ do. in New-Orleans 12½. Petroleum in Newyork 7½ Gd. do. in Philadelphia 7½ Gd. rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificats 1 D 11 C. Mehl 5 D. 60 C. Rother Wintermeisen 1 D. 40 C. Mais (old mixed) 62 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 15½. Schmalz (Marke Wilcox) 8½. do. Fairbanks 8½. Speck (short clear) 7½ C. Getreidefracht 4.

Produkten-Börse.

Berlin, 26. Januar. Wetter: Lichter. Wind: NO. Weizen per 1000 Kilo loko 200—240 Mark nach Qualität gefordert, gelber Märkischer — Mf. ab Bahn bez. per Januar — bez. per Jan.-Febr. — bez. per April-Mai 228—229 bez. per Mai-Juni 228½ bis 229½ bez. per Juni-Juli 229—230 bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — M. — Roggen per 1000 Kilo loko 168—179 M. nach Qualität qef. Russ. — ab Bahn bezahlt, inländischer 173

Berlin, 26. Januar. Der gestrige Privatverkehr ist fest, aber nur für einzelne Papiere belebt verlaufen. Im Vordergrunde standen österreichische Staatsbahn-Aktien, welche, durch starke Käufe eines ersten Hauses getrieben, ihren Cours um 8 Pt. erhöhten. Auf dem Rentenmarkt zeichneten sich ungarische Goldrente und Österreichische Papierrente durch lebhafte Umsätze zu steigendem Course aus. Orient-Anleihen nur wenig umgesetzt. Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Russischen Südwestbahn-Aktien, auf welche die hiesige Spekulation ihre Aufmerksamkeit augenblicklich ganz besonders hingelenkt sieht. — Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten gestern sehr fest gelautet, und auch heute lagen von außerhalb günstige Nachrichten vor, auf welche sich heute die Fortsetzung der steigenden Bewertung gründete. —

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 26. Januar 1880.

Preußische Fonds- und Geld-

Course.

Consol. Anleihe	104,90	bz	Pomm. H.-B. I. 120/5	104,90	G		
do. neue 1876	4	97,50	Pr. G.-B.-Psdbr. fd.	110/5	100,75	B	
Staats-Anleihe	4	97,80	do. unf. rückz.	110/5	98,00	G	
Staats-Schuldch.	3½	94,00	Pr. B.-G.-H.-Br. rz.	5	105,10	bz	G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	102,00	do. do.	100/5	101,80	bz	G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,20	do. (1874)	5	101,20	bz	G
do. do.	3½	93,60	Pr. Hyp.-A.-B. 120/4	4½	102,50	bz	G
Schldv. d. B. Km.	4½	102,90	do. do.	110/5	104,50	G	
Pfan d b r i e f e :			Schles. Bod.-Cred.	5	103,75	G	
Berliner	4½	102,90	do. do.	4½	102,25	G	
do.	5	107,50	Stettiner Nat. Hyp.	5	101,00	G	
Landisch. Central	4	98,70	do. do.	4½	98,00	G	
Kur- u. Neumärk.	3½	93,50	Kruppsche Obligat.	5	110,25	G	
do. neue	3½	89,75					
do.	4	98,90					
do. neue	4½	102,90					
Brandbg. Cred.	4	88,25					
Oppreußische	3½	98,00					
do.	4	103,25					
Pommersche	3½	88,75					
do.	4	99,00					
Posenische, neue	4	98,60					
Sächsische	4						
Schlesische	3½						
do. alte A. u. C.	4						
do. neue A. u. C.	4						
Westpr. ritterisch.	3½	88,40					
do.	4	98,00					
do.	4½	101,10					
do. II. Serie	5						
do. neue	4						
do.	4½	102,90					
Rentenbriebe:							
Kur- u. Neumärk.	4	99,25					
Pommersche	4	99,25					
Posenische	4	98,60					
Preußische	4	98,75					
Rhein- u. Westfäl.	4	99,50					
Sächsische	4	99,20					
Schlesische	4	99,20					
Souveraines							
20-Frankstücke							
do. 500 Gr.							
Dollars							
Imperials							
do. 500 Gr.							
Fremde Banknoten							
do. einlösbar. Leipz.							
Franzöß. Banknot.							
Desterr. Banknot.							
do. Silbergulden							
Russ. Noten 100 Rubl.							
Deutsche Fonds.							
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	144,00					
Hell. Prich. a 40 Th.		—					
Bad. Pr. A. v. 67.	4	133,75					
Bair. Präm.-Art.	4	134,50					
Braunpfl. 20th.-L.	—	95,00					
Brem. Art. v. 1874	4						
Cöln.-M.-Pr. Anl.	3½	133,60					
Dest. St. Pr.-Anl.	3½	125,30					
Goth. Pr.-Psdbr.	5	117,00					
do. II. Abth.	5	113,60					
Gö. Pr. A. v. 1866	3	185,75					
Lübecker Pr.-Art.	3½	181,10					
Medemb. Eisenfisch.	3½	90,00					
Meiningen Loope	—	25,40					
do. Pr.-Psdbr.	4	118,00					
Oldenburger Loope	3	153,50					
D.-G.-C.-B.-Psdbr.	5	105,75					
do. do.	4	101,25					
dtch. Hypoth. unf.	5	102,25					
do. do.	4½	100,50					
Rein. Hyp.-Pf.	5	100,40					
Reed. Order.-G.-A.	5	98,50					
do. Hyp.-Psdbr.	5	98,00					

Berlin, 26. Januar. Der gestrige Privatverkehr ist fest, aber nur für einzelne Papiere belebt verlaufen. Im Vordergrunde standen österreichische Staatsbahn-Aktien, welche, durch starke Käufe eines ersten Hauses getrieben, ihren Cours um 8 Pt. erhöhten. Auf dem Rentenmarkt zeichneten sich ungarische Goldrente und Österreichische Papierrente durch lebhafte Umsätze zu steigendem Course aus. Orient-Anleihen nur wenig umgesetzt. Ein lebhaftes Geschäft entwickelte sich in Russischen Südwestbahn-Aktien, auf welche die hiesige Spekulation ihre Aufmerksamkeit augenblicklich ganz besonders hingelenkt sieht. — Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten gestern sehr fest gelautet, und auch heute lagen von außerhalb günstige Nachrichten vor, auf welche sich heute die Fortsetzung der steigenden Bewertung gründete. —

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 26. Januar 1880.

Preußische Fonds- und Geld-

Course.

Consol. Anleihe	104,90	bz	Pomm. H.-B. I. 120/5	104,90	G		
do. neue 1876	4	97,50	Pr. G.-B.-Psdbr. fd.	4½	100,75	B	
Staats-Anleihe	4	97,80	do. unf. rückz.	110/5	98,00	G	
Staats-Schuldch.	3½	94,00	Pr. B.-G.-H.-Br. rz.	5	105,10	bz	G
Od.-Deichb.-Obl.	4½	102,00	do. do.	100/5	101,80	bz	G
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,20	do. (1874)	5	101,20	bz	G
do. do.	3½	93,60	Pr. Hyp.-A.-B. 120/4	4½	102,50	bz	G
Schldv. d. B. Km.	4½	102,90	do. do.	110/5	104,50	G	
Pfan d b r i e f e :			Schles. Bod.-Cred.	5	103,75	G	
Berliner	4½	102,90	do. do.	4½	102,25	G	
do.	5	107,50	do. do.	4½	102,25	G	
Landisch. Central	4	98,70	do. do.	4½	102,25	G	
Kur- u. Neumärk.	3½	93,50	do. do.	4½	102,25	G	
do. neue	3½	89,75	Kruppsche Obligat.	5	110,25	G	
do.	4	98,90					
do. neue	4½	102,90					
Brandbg. Cred.	4	88,25					
Oppreußische	3½	98,00					
do.	4	103,25					
Pommersche	3½	88,75					
do.	4	99,00					
Posenische, neue	4	98,60					
Sächsische	4						
Schlesische	3½						